

Antrag

des Bundesministers für Wirtschaft

Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ — Wirtschaftsjahr 1982

Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ — Wirtschaftsjahr 1981

Der Bundesminister für Wirtschaft — ZA 1-99 26 76 — leitete dem Präsidenten des Deutschen Bundestages mit Schreiben vom 21. Dezember 1983 gemäß § 2 Abs. 5 des Dritten Verstromungsgesetzes die Jahresrechnung über das Sondervermögen des Bundes „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ für das Wirtschaftsjahr 1982 zu. In seinem angeführten Schreiben bittet er um Entlastung für 1982 und führt fort:

Außerdem bitte ich um Entlastung hinsichtlich der Jahresrechnung 1981. Ich hatte ... und muß deshalb erneut gestellt werden.

Die Rechnungslegung für 1981 wird deshalb hiermit im Anschluß an die Rechnungslegung 1982 nochmals veröffentlicht.

A. Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ — Wirtschaftsjahr 1982

I.

Durch das Dritte Verstromungsgesetz vom 13. Dezember 1974 in der Fassung vom 17. November 1980 (BGBl. I S. 2137) ist der Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes als unselbständiges Sondervermögen des Bundes gebildet worden; er wird vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft verwaltet.

Aus dem Ausgleichsfonds werden nach Maßgabe dieses Gesetzes Zuschüsse zur Förderung des Einsatzes von Steinkohle in der Kraftwirtschaft gewährt und die Kosten der Verwaltung des Sondervermögens bestritten. Die Mittel des Ausgleichsfonds werden durch eine Ausgleichsabgabe eingebracht. Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft ist ermächtigt, bis zur Höhe von 500 Mio. DM Kre-

dite zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft (Kassenverstärkungskredite) aufzunehmen.

Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft hat für jedes Kalenderjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der der Genehmigung des Bundesministers für Wirtschaft bedarf. Der Bundesminister für Wirtschaft hat dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat bis zum Ende des nächsten Wirtschaftsjahres zur Entlastung gesondert Rechnung zu legen.

II.

Die Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds haben sich im Wirtschaftsjahr 1982 wie folgt entwickelt:

**Haushaltsrechnung 1982 für das Sondervermögen
„Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“**

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
	Einnahmen				
099	Ausgleichsabgabe	2 050 073 263,82	2 044 000 000,—	6 073 263,82	—
119/1	Vermischte Verwaltungs- einnahmen	416 717,86	—	416 717,86	—
119/2	Rückzahlungen von Zu- schüssen aus den Vorjah- ren	20 802 227,09	10 800 000,—	10 002 227,09	—
119/6	Verwahrungen	—	—	—	—
162	Zinserträge	7 540 837,71	167 000,—	7 373 837,71	—
325	Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt	—	—	—	—
360	Überschuß aus Vorjahren	1 596 470,38	1 596 000,—	470,38	—
	Gesamteinnahmen	2 080 429 516,86	2 056 563 000,—	23 866 516,86	—

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
	Ausgaben				
422 41	Bezüge der planmäßigen Beamten	1 000 582,82	1 217 000,—	—	216 417,18
425 41	Vergütung der Angestell- ten	2 125 324,68	2 246 000,—	—	120 675,32
427 41	Vergütung und Löhne für Aushilfskräfte, deren Ar- beitsverträge auf läng- stens zwölf Monate befrist- et sind	344 546,49	450 000,—	—	105 453,51
	Sächliche Verwaltungs- ausgaben				
511	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften	70 372,89	60 000,—	10 372,89 ¹⁾	—
513	Post- und Fernmeldege- bühren	97 220,19	95 000,—	2 220,19 ¹⁾	—
514	Haltung von Dienstfahr- zeugen	5 419,85	10 000,—	—	4 580,15
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände .	35 502,70	30 000,—	5 502,70 ¹⁾	—
516	Dienst- und Schutzklei- dung, persönliche Ausrü- stungsgegenstände	—	1 000,—	—	1 000,—

¹⁾ Deckung gemäß § 4 (6) HG 1982 bei Titel 518

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	155 049,21	110 000,—	45 049,21 ¹⁾	—
518	Mieten und Pachten	355 647,97	395 000,—	—	39 352,03
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2 789,90	5 000,—	—	2 210,10
525	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	6 768,90	10 000,—	—	3 231,10
526/1	Gerichtskosten	73 579,84	40 000,—	33 579,84 ²⁾	—
526/2	Kosten für Sachverständige	121 899,71	270 000,—	—	148 100,29
526/3	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	2 417,54	5 000,—	—	2 582,46
527/1	Reisekostenvergütung für Inlandsdienstreisen	39 005,86	42 000,—	—	2 994,14
527/2	Reisekostenvergütung für Auslandsdienstreisen	—	2 000,—	—	2 000,—
527/3	Reisekosten für Aus- und Fortbildung von Bediensteten	460,13	5 000,—	—	4 539,87
532	Beschaffung eines Software-Systems	87 720,16	160 000,—	—	72 279,84
539	Vermischte Verwaltungsausgaben einschließlich Gemeinkostenzuschlag ...	527 290,50	610 000,—	—	82 709,50
	Ausgaben für den Schuldendienst				
575	Zinsausgaben für Kassenverstärkungskredite	3 072 407,99	10 000 000,—	—	6 927 592,01
595	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	129 800 000,— ³⁾	129 800 000,—	—	—
	Erstattungen				
671	Erstattung überzahlter Ausgleichsabgabe	37 942 330,46	—	37 942 330,46	—
	Zuschüsse an Kraftwerksunternehmen nach dem Dritten Verstromungsgesetz				
	— Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig — (s. a. Titel 119/2)				
683/1	Zuschüsse nach § 3 Abs. 1 und 4 (Ölausgleich) Kraftwerksinbetriebnahme 1. Juli 1966 bis 30. Juni 1971	6 100 306,34	10 000 000,—	—	3 899 693,66

¹⁾ Der Mehrausgabe wurde zugestimmt. Deckung bei Titel 539.

²⁾ Der Mehrausgabe wurde zugestimmt. Deckung bei Titel 526/2.

³⁾ Siehe Finanzierungsrechnung Seite 5.

Titel laut Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
683/2	Zuschüsse nach § 3 Abs. 2 und 4 (Ölausgleich) Kraftwerksinbetriebnahme vor dem 1. Juli 1966	42 131 300,62	10 000 000,—	32 131 300,62	—
683/3	Zuschüsse nach § 3 Abs. 3 und 4 (Ölausgleich) Kraftwerksinbetriebnahme ab 18. Dezember 1974	135 264,12	5 000 000,—	—	4 864 735,88
683/4	Zuschüsse zu Stromtransportkosten nach § 4 Abs. 2	17 218 750,55	27 000 000,—	—	9 781 249,45
683/5	Zuschüsse zu Stromtransportkosten nach § 1 Abs. 4 Satz 2 Zweites Verstromungsgesetz	183 877,—	—	183 877,—	—
683/6	Zuschüsse nach § 16 Abs. 2 — Minderpreisverträge —	111 673 543,47	75 000 000,—	36 673 543,47	—
683/7	Zuschüsse für Mehrkostenausgleich in besonderen Fällen nach § 3 a. F. .	1 392,86	—	1 392,86	—
683/8	Zuschüsse für Zusatzmengen nach § 3 b a. F.	71 524 210,09	90 000 000,—	—	18 475 789,91
683/9	Zuschüsse für Optionsmengen nach § 3 b Abs. 11 a. F.	4 397 513,50	10 000 000,—	—	5 602 486,50
683/10	Zuschüsse für niederflüchtige Kohle nach § 6 Abs. 1 .	139 482 038,73	72 000 000,—	67 482 038,73	—
683/11	Zuschüsse zum Ausgleich von Revierunterschieden nach § 6 Abs. 2	92 215 521,26	38 000 000,—	54 215 521,26	—
683/12	Zuschüsse für eine Verstromungsreserve nach § 7	3 237 087,29	74 000 000,—	—	70 762 912,71
683/13	Zuschüsse nach § 5 Abs. 1 und 3 — Mehrkosten gegenüber Drittlandskohle ..	780 931 472,31	900 000 000,—	—	119 068 527,69
892/1	Zuschüsse zu Investitionskosten von Kraftwerksneubauten nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Inbetriebnahme 18. Dezember 1974 bis 31. Dezember 1987	516 895 286,—	578 000 000,—	—	61 104 714,—
892/2	Zuschlag auf den Zuschuß zu den Investitionskosten für Heizkraftwerke und Kraftwerke für Einsatz von niederflüchtiger Kohle nach § 4 Abs. 1 Satz 2	—	—	—	—
892/3	Zuschüsse zu den Umrüstkosten von öl- sowie öl-/gasbefeuerten Heizkraftwerken nach § 4 Abs. 1 Satz 3	12 631 500,—	22 000 000,—	—	9 368 500,—
	Gesamtausgaben	1 974 625 401,93	2 056 563 000,—	228 726 729,23	310 664 327,30

Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen Ist-Ausgaben DM	Soll laut Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
			mehr DM	weniger DM
Abschluß				
Ausgleichsabgabe	2 050 073 263,82	2 044 000 000,—	6 073 263,82	—
Verwaltungs- und Zinseinnahmen .	28 759 782,66	10 967 000,—	17 792 782,66	—
Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt	—	—	—	—
Übertrag aus Vorjahr	1 596 470,38	1 596 000,—	470,38	—
Gesamteinnahmen	2 080 429 516,86	2 056 563 000,—	23 866 516,86	—
Personalausgaben	3 470 453,99	3 913 000,—	—	442 546,01
Sächliche Verwaltungsausgaben ..	1 581 145,35	1 850 000,—	—	268 854,65
Ausgaben für den Schuldendienst .	132 872 407,99	139 800 000,—	—	6 927 592,01
Erstattungen	37 942 330,46	—	37 942 330,46	—
Zuschüsse an Kraftwerksunternehmen	1 798 759 064,14	1 911 000 000,—	—	112 240 935,86
Gesamtausgaben	1 974 625 401,93	2 056 563 000,—	37 942 330,46	119 879 928,53
Überschuß	105 804 114,93			

Finanzierungsrechnung

Kreditaufnahme vom Kreditmarkt	768 500 000,— DM
Tilgungen	898 300 000,— DM
Nettobilgungen	129 800 000,— DM

III.

- Die *Einnahmen* aus der Ausgleichsabgabe erreichten im Jahre 1982 brutto rd. 2 050 Mio. DM. Dieser Betrag ist um die Erstattung von Überzahlungen im Jahresabrechnungsverfahren (Schlußabrechnung 1981) in Höhe von rd. 38 Mio. DM zu mindern, so daß Nettoeinnahmen von rd. 2 012 Mio. DM bei einem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Abgabesatz von bundesdurchschnittlich 4,5 v. H. vorliegen.
Die Nettoeinnahmen lagen lediglich um rd. 1,6 v. H. oder 32 Mio. DM unter dem erwarteten Ansatz von 2 044 Mio. DM. Dies ist überwiegend auf Ausfälle (Härtefälle, Konkurse und dgl.) und Korrekturen beim Jahresabrechnungsverfahren zurückzuführen. Als Folge der verbesserten Anlagemöglichkeit liquider Mittel und des starken Zinsanstiegs lagen die Zinseinnahmen um rd. 7,4 Mio. DM über dem angenommenen Betrag von 0,2 Mio. DM.
- Die *Gesamtausgaben* betrugen in 1982 rd. 1 975 Mio. DM und lagen damit um rd. 82 Mio. DM niedriger als erwartet.
 - Mindererausgaben* entstanden vor allem in den Zuschußbereichen „Zusatzmenge“, Verstro-

mungsreserve, Kraftwerksneubauten und Stromtransportkosten:

- Bei der *Zusatzmenge* nach § 5 lag der Zuschußbedarf (Ausgleich der Preisdifferenz zur Drittländskohle) mit rd. 781 Mio. DM um rd. 119 Mio. DM unter dem Planansatz von 900 Mio. DM. Dies beruht hauptsächlich auf der mäßigen Preisentwicklung der inländischen Steinkohle. Die Zahlungen für Zusatz- bzw. Optionsmengen nach § 3 b a. F., die noch zur Abwicklung von Restansprüchen aus den Vorjahren geleistet wurden, fielen mit insgesamt rd. 76 Mio. DM um rd. 24 Mio. DM geringer aus als erwartet.
- Die Zuschüsse für die Einlagerung von Kohle in eine *Verstromungsreserve*, die 1982 erstmals in Anspruch genommen wurden, lagen mit 3,2 Mio. DM erheblich unter den erwarteten 74 Mio. DM.
- Die *Investitionskostenzuschüsse* für den Bau neuer Steinkohlenkraftwerke haben sich gegenüber 1981 auf rd. 517 Mio. DM zwar fast verdoppelt; Bauverzögerungen haben jedoch zu einer Unterschreitung des Ausgabenansatzes von 578 Mio. DM um rd. 61 Mio. DM geführt.

- Der geringere Bedarf bei den Zuschüssen zu den *Stromtransportkosten* beruht auf dem hohen Ölpreis. Zusammen mit einer Abschwächung der Stromzuwachsraten ergab sich eine Unterschreitung der angesetzten Ausgaben von 27 Mio. DM um rd. 10 Mio. DM.
- b) Zu *Mehrausgaben* kam es vor allem bei den Zuschüssen zum Ölausgleich, für Minderpreisgeschäfte sowie für niederflüchtige Kohle und zum Ausgleich von Revierunterschieden:
- Die Zuschüsse zum *Ölausgleich* lagen mit rd. 48 Mio. DM um rd. 23 Mio. DM über dem Planansatz von 25 Mio. DM; es handelt sich dabei allerdings fast ausschließlich um Schlußzahlungen für die Vorjahre. Erst gegen Ende des Berichtsjahrs kam es aufgrund zurückgegangener Ölpreise in revierfernen Gebieten vereinzelt wieder zu Abschlagszahlungen für das laufende Jahr.
- Bei den Zuschüssen zur Abwicklung von *Minderpreisverträgen* wurde der Ansatz von 75 Mio. DM um 37 Mio. DM überschritten; ursächlich hierfür war vornehmlich eine andere Bewertung der Preise für Ballastkohle*) der Außenreviere.
- Bei den in 1981 neu eingeführten Zuschüssen für *niederflüchtige Kohle**)* sowie für den *Ausgleich von Revierunterschieden* (§ 6) konnten die anfänglich entstandenen Schwierigkeiten beim Verwaltungsverfahren überwunden werden.
- *) wegen höherer Mineralanteile schwerer brennbare Kohle
 **) wegen niedrigerer Gasanteile schwerer brennbare Kohle
- Durch die zügige Nachbewilligung der Anträge aus 1981 sowie durch den Bedarf 1982 wurden die Ansätze um rd. 67 Mio. DM bzw. rd. 54 Mio. DM überschritten.
- c) Die *Verwaltungsausgaben* lagen mit 5,1 Mio. DM wiederum auf dem seit 1978 nahezu unverändert gebliebenen Niveau.
- d) Die niedrigere Kreditzinsbelastung (statt 10 Mio. DM 3,1 Mio. DM) beruhte auf der vorgezogenen Tilgung der Kredite.
3. Aus den Gesamteinnahmen von 2 080,4 Mio. DM ergab sich abzüglich der Gesamtausgaben von 1 974,6 Mio. DM ein *Jahresüberschuß* von 105,8 Mio. DM, wobei der im vorausgegangenen Jahr verbliebene, restliche Kassenverstärkungskredit in Höhe von rd. 129,8 Mio. DM vollständig getilgt wurde.

IV.

Das Vermögen des Ausgleichsfonds hat sich im Wirtschaftsjahr 1982 wie folgt entwickelt:

	in Mio. DM
1. Guthaben aus 1981	1,6
2. Ausgleichsabgabe und Zinsen	<u>2 078,8</u>
3. Gesamteinnahmen	2 080,4
4. Ausgaben	<u>1 974,6</u>
Guthaben am 31. Dezember 1982	105,8
Finanzierungsrechnung	
Stand der Verschuldung am 1. Januar 1982	129,8
Nettotilgung 1982	<u>129,8</u>
Stand der Verschuldung am 31. Dezember 1982	0

B. Rechnungslegung über das Sondervermögen des Bundes „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ — Wirtschaftsjahr 1981

I.

Durch das Dritte Verstromungsgesetz vom 13. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3473) in der Fassung vom 17. November 1980 (BGBl. I S. 2137) ist der Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes als unselbstständiges Sondervermögen des Bundes gebildet worden; er wird vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft verwaltet.

Aus dem Ausgleichsfonds werden nach Maßgabe dieses Gesetzes Zuschüsse zur Förderung des Einsatzes von Steinkohle in der Kraftwirtschaft gewährt und die Kosten der Verwaltung des Sondervermögens bestritten. Eine Übersicht über den Einsatz deutscher Kohle in der Kraftwirtschaft in den Jahren 1975 bis 1981 findet sich in Anlage 1. Die Mittel des Ausgleichsfonds werden durch eine Ausgleichsabgabe aufgebracht. Das Bun-

desamt für gewerbliche Wirtschaft ist ermächtigt, bis zur Höhe von 500 Mio. DM Kredite zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft (Kassenverstärkungskredite) aufzunehmen.

Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft hat für jedes Kalenderjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der der Genehmigung des Bundesministers für Wirtschaft bedarf. Der Bundesminister für Wirtschaft hat dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat im Laufe des nächsten Wirtschaftsjahres zur Entlastung gesondert Rechnung zu legen.

II.

Die Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds – vgl. die Übersicht nach Bundesländern – Anlage 2 – haben sich im Wirtschaftsjahr 1981 wie folgt entwickelt:

**Haushaltsrechnung 1981 für das Sondervermögen
„Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“**

Titel lt. Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen DM	Soll lt. Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
	Einnahmen				
099	Ausgleichsabgabe	1902 388 168,10	1934 100 000,—	—	31 711 831,90
199	Vermischte Verwaltungseinnahmen	816 940,72	—	816 940,72	—
162	Zinserträge	127 761,84	258 000,—	—	130 238,16
325	Schuldenaufnahme auf dem Kreditmarkt	—	281 000 000,—	—	281 000 000,—
360	Übertrag aus dem Vorjahr	1 315 291,62	1 315 000,—	291,62	—
	Gesamteinnahmen	1 904 648 162,28	2 216 673 000,—	817 232,34	312 842 070,06

Titel lt. Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll lt. Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
	Ausgaben				
422 41	Bezüge der planmäßigen Beamten	1 081 031,78	1 170 000,—	—	88 968,22
425 41	Vergütung der Angestellten	2 198 382,40	2 160 000,—	38 382,40 ¹⁾	—
427 41	Vergütung und Löhne für Aushilfskräfte, deren Arbeitsverträge auf längstens zwölf Monate befristet sind	366 435,06	460 000,—	—	93 564,94
459 49	Vermischte Personalausgaben	—	—	—	—
	Sächliche Verwaltungsausgaben				
511	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften	54 257,42	62 000,—	—	7 742,58
513	Post- und Fernmeldegebühren	79 270,45	80 000,—	—	729,55
514	Haltung von Dienstfahrzeugen	5 576,94	11 000,—	—	5 423,06
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	27 675,42	25 000,—	2 675,42 ²⁾	—
516	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	—	1 000,—	—	1 000,—
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	91 085,65	90 000,—	1 085,65 ²⁾	—
518	Mieten und Pachten	329 413,96	331 000,—	—	1 586,04

¹⁾ Deckung gemäß § 20 Abs. 1 BHO bei Titel 422 41

²⁾ Deckung gemäß § 4 Abs. 6 HG 1981 bei Titel 539

Titel lt. Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll lt. Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
519	Unterhaltung der Grund- stücke und baulichen Anlagen	3 481,39	4 000,—	—	518,61
525	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	6 730,75	10 000,—	—	3 269,25
526/1	Gerichtskosten	24,76	15 000,—	—	14 975,24
526/2	Kosten für Sachverständige	29 774,05	160 000,—	—	130 225,95
526/3	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnli- chen Ausschüssen	2 472,27	5 000,—	—	2 527,73
527/1	Reisekostenvergütung für Inlandsdienstreisen	38 485,80	35 000,—	3 485,80 ¹⁾	—
527/2	Reisekostenvergütung für Auslandsdienstreisen	—	2 000,—	—	2 000,—
527/3	Reisekosten für Aus- und Fortbildung von Bedien- steten	408,70	5 000,—	—	4 591,30
532	Beschaffung eines Soft- ware-Systems	43 814,10	450 000,—	—	406 185,90
539	Vermischte Verwaltungs- ausgaben einschließlich Gemeinkostenzuschlag	558 197,38	580 000,—	—	21 802,62
	Ausgaben für den Schuldendienst				
575	Zinsausgaben für Kassen- verstärkungskredite	34 873 528,91	15 000 000,—	19 873 528,91	—
595	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	221 200 000,— ²⁾	351 000 000,—	—	129 800 000,—
	Ausgaben für Investitionen				
811	Erwerb von Dienst- fahrzeugen	13 863,84	17 000,—	—	3 136,16
	Zuschüsse an Kraftwerks- unternehmen nach dem Dritten Verstromungs- gesetz				
	Die Ausgaben sind gegen- seitig deckungsfähig.			Die Mehrausgaben sind gemäß Deckungsvermerk durch Minderausgaben gedeckt.	
683/1	Zuschüsse nach § 3 Abs. 1 und 4 Inbetriebnahme 1. Juli 1966 bis 30. Juni 1971	40 726 722,92	25 000 000,—	15 726 722,92	—
683/2	Zuschüsse nach § 3 Abs. 2 und 4 Inbetriebnahme vor dem 1. Juli 1966	71 300 802,98	20 000 000,—	51 300 802,98	—

¹⁾ Deckung gemäß § 4 Abs. 6 HG 1981 bei Titel 539²⁾ Siehe Finanzierungsrechnung Seite 5

Titel lt. Wirt- schafts- plan	Zweckbestimmung	Ist-Ausgaben DM	Soll lt. Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
				mehr DM	weniger DM
683/3	Zuschüsse nach § 3 Abs. 3 und 4 Inbetriebnahme ab 18. Dezember 1974	10 555 303,44	5 000 000,—	5 555 303,44	—
683/4	Zuschüsse zu Stromtransportkosten nach § 4 Abs. 2 (§ 3 Abs. 4 a.F.)	42 684 669,41	50 000 000,—	—	7 315 330,59
683/5	Zuschüsse zu Stromtransportkosten nach § 1 Abs. 4 Satz 2 Zweites Verstromungsgesetz	—	1 000 000,—	—	1 000 000,—
683/6	Zuschüsse nach § 16 Abs. 2 (§ 12 Abs. 2 a.F.) — Minderpreisverträge — ...	23 631 876,75	200 000 000,—	36 318 763,75	—
683/7	Zuschüsse für Mehrkostenausgleich in besonderen Fällen nach § 3 a a.F.	26 961 025,43	1 000 000,—	—	27 961 025,43
683/8	Zuschüsse für Zusatzmengen nach § 5 (§ 3 b a.F.)	513 198 142,12	1 000 000 000,—	—	486 801 857,88
683/9	Zuschüsse für Optionsmengen nach § 3 b Abs. 11 a.F. .	57 343 282,78	—	57 343 282,78	—
683/10	Zuschüsse für niederflüchtige Kohle nach § 6 Abs. 1 ..	24 601 235,65	80 000 000,—	—	55 398 764,35
683/11	Zuschüsse zum Ausgleich von Revierunterschieden nach § 6 Abs. 2	27 911 200,—	80 000 000,—	—	52 088 800,—
683/12	Zuschüsse für eine Verstromungsreserve nach § 7	—	70 000 000,—	—	70 000 000,—
683/13 (neu)	Zuschüsse nach § 5 Abs. 1 und 3 — Mehrkosten gegenüber Drittlandskohle	401 033 023,25	—	401 033 023,25	—
892/1	Zuschüsse zu Investitionskosten von Kraftwerksneubauten nach § 4 Abs. 1 Satz 1 (§ 3 Abs. 3 Satz 3 a.F.) Inbetriebnahme 18. Dezember 1974 bis 31. Dezember 1987	240 437 660,—	300 000 000,—	—	59 562 340,—
892/2	Zuschlag auf den Zuschuß zu den Investitionskosten für Heizkraftwerke und Kraftwerke für Einsatz niederflüchtiger Kohle nach § 4 Abs. 1 Satz 2	—	10 000 000,—	—	10 000 000,—
892/3	Zuschüsse zu den Umrüstkosten von öl- sowie öl-/gasgefeuerten Heizkraftwerken nach § 4 Abs. 1 Satz 3	2 898 000,—	3 000 000,—	—	102 000,—
	Gesamtausgaben	1 903 051 691,90	2 216 673 000,—	587 197 057,30	900 818 365,40

Zweckbestimmung	Ist-Einnahmen Ist-Ausgaben DM	Soll lt. Wirtschaftsplan DM	Gegenüber dem Rechnungs-Soll beträgt das Rechnungs-Ist	
			mehr DM	weniger DM
Abschluß				
Ausgleichsabgabe	1 902 388 168,10	1 934 100 000,—	—	31 711 831,90
Verwaltungs- und Zinseinnahmen ..	944 702,56	258 000,—	686 702,56	—
Schuldenaufnahme auf dem Kredit- markt	—	281 000 000,—	—	281 000 000,—
Übertrag aus dem Vorjahr	1 315 291,62	1 315 000,—	291,62	—
Gesamteinnahmen	1 904 648 162,28	2 216 673 000,—	—	312 024 837,72
Personalausgaben	3 645 849,24	3 790 000,—	—	144 150,76
Sächliche Verwaltungsausgaben ...	1 270 669,04	1 866 000,—	—	595 330,96
Ausgaben für den Schuldendienst ...	256 073 528,91	366 000 000,—	—	109 926 471,09
Ausgaben für Investitionen	13 863,84	17 000,—	—	3 136,16
Zuschüsse an Kraftwerks- unternehmen	1 642 047 780,87	1 845 000 000,—	—	202 952 219,13
Gesamtausgaben	1 903 051 691,90	2 216 673 000,—	—	313 621 308,10
Überschuß	1 596 470,38			

Finanzierungsrechnung

Kreditaufnahme vom Kreditmarkt	4 701 684 000,— DM
Tilgungen	4 922 884 000,— DM
Nettotilgungen	221 200 000,— DM

III.

Die *Einnahme* aus der Ausgleichsabgabe erreichte im Jahre 1981 bei einem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Abgabesatz von bundesdurchschnittlich 4,5 v. H. rd. 1 902,4 Mio. DM und lag mit 1,6 v. H. oder 31,7 Mio. DM geringfügig unter den erwarteten 1 934,1 Mio. DM. Die Mindereinnahme von 31,7 Mio. DM ist in erster Linie auf Ausfälle zurückzuführen (Härtefälle, Konkurse und dgl.). Ursache für die Zunahme der Guthabenzinsen von 0,3 Mio. DM auf 0,9 Mio. DM war u. a. der Zinsanstieg. Die Einnahme aus Ausgleichsabgabe und Zinsen beträgt somit insgesamt 1 903,4 Mio. DM.

Die *Zuschußausgaben* betrugen in 1981 rd. 1 642 Mio. DM und lagen damit erheblich unter dem Vorjahresniveau (rd. 2 017,8 Mio. DM). Hierfür gibt es im wesentlichen zwei Gründe: Einmal hat sich der seit 1979 erkennbare Rückgang der Zuschüsse für den Ausgleich der Mehrkosten des Steinkohleeinsatzes gegenüber der Verwendung von schwerem Heizöl (sog. Ölausgleich) infolge der Ölpreissteigerungen auch im Jahre 1981 fortgesetzt (Übersicht über die Entwicklung der Wärmepreisdifferenz Anlage 3), zum anderen konnten die Mittel der in 1981 hinzugekommenen Zuschußpro-

gramme für eine Verstromungsreserve, für niederflüchtige schwerverstrombare Kohle und zum Ausgleich von Revierunterschieden nicht in dem erwarteten Umfang in Anspruch genommen werden. Daneben wirkte sich die Umstellung der Zuschüsse für die Zusatzmenge auf eine andere Bemessungsgrundlage (sog. Importkohleausgleich) aus.

Die Verwaltungsausgaben sind mit 4,9 Mio. DM seit 1978 nahezu unverändert geblieben.

Die Kreditzinsen haben sich vornehmlich aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung von rd. 16,3 Mio. DM in 1980 auf rd. 34,9 Mio. DM in 1981 erhöht.

Die Zuschüsse zum Ölausgleich beliefen sich auf 122,6 Mio. DM und lagen damit um rd. 72,6 Mio. DM über dem Ansatz im Wirtschaftsplan. Die Erhöhung war durch Rechtsansprüche aus der Vergangenheit bedingt.

Die Zuschüsse zu den Stromtransportkosten in Höhe von 42,7 Mio. DM lagen aufgrund geänderter Zuschußvoraussetzungen merklich unter dem Vorjahresergebnis von 55,3 Mio. DM und dem Planansatz von 50 Mio. DM.

Auf Minderpreiszuschüsse entfielen rd. 236,4 Mio. DM; das entspricht einer Minderung gegenüber 1980 um rd. 13,5 Mio. DM, die weitgehend auf dem Auslaufen von Verträgen beruht. Das Mehr von rd. 36,3 Mio. DM gegenüber dem Planansatz 1981 ist auf den unvorhergesehenen Anstieg der Kohlepreise zurückzuführen.

Dem Planansatz von einer Milliarde DM für Zusatzmengenzuschüsse waren nach der Novellierung des Gesetzes Ende 1980 die Titel 683/8, 683/9 und 683/13 des Wirtschaftsplanes zuzuordnen, da es sich in allen Fällen um gleichartige Zuschüsse handelt. Daraus ergibt sich:

Titel	Ist	Plan
683/8	513,2 Mio. DM	—
683/9	57,3 Mio. DM	—
683/13	401,0 Mio. DM	—
Gesamt	971,5 Mio. DM	1 000,0 Mio. DM

Damit liegt eine minimale Unterschreitung des Planansatzes um 3 v. H. oder 28,5 Mio. DM vor.

Die Rückzahlung von 27 Mio. DM innerhalb der § 3a-Aktion 1978/1979 stammt aus der Rückführung von Zuschüssen aufgrund von take-or-pay-Verträgen, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans noch nicht abzusehen war.

Die Zuschüsse zum Ausgleich von Revierunterschieden (27,9 Mio. DM), für niederflüchtige Kohle (24,6 Mio. DM) und für eine Verstromungsreserve (—) beliefen sich auf insgesamt 52,5 Mio. DM und liegen damit um 177,5 Mio. DM unter dem hierfür veranschlagten Gesamtbetrag von 230 Mio. DM. Dieses Ergebnis muß vor dem Hintergrund von Anlaufschwierigkeiten bei den neu aufgenommenen Zuschußprogrammen gesehen werden.

Bei den Investitionskostenzuschüssen für den Bau neuer Steinkohlenkraftwerke haben sich Bauverzögerungen ausgewirkt, so daß der Ausgabenansatz von 300 Mio. DM um rd. 70 Mio. DM unterschritten wurde.

Bei Einnahmen von 1 903,4 Mio. DM (Ausgleichsabgabe und Zinsen) und Gesamtausgaben von rd. 1 681,8 Mio. DM wurde somit ein Jahresüberschuß von rd. 221,2 Mio. DM erwirtschaftet, mit dem der aus 1980 noch offenstehende Kassenverstärkungskredit in Höhe von rd. 351 Mio. DM auf rd. 129,8 Mio. DM reduziert werden konnte. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß über Restansprüche von rd. 700 Mio. DM aus allen Zuschußarten in 1981 nicht mehr entschieden werden konnte.

IV.

Das Vermögen des Ausgleichsfonds hat sich im Wirtschaftsjahr 1981 wie folgt entwickelt:

	in Mio. DM
1. Guthaben aus 1980	1,3
2. Ausgleichsabgabe und Zinsen	1 903,4 *)
3. Gesamteinnahmen	1 904,7
4. Ausgaben	1 903,1 *)
Guthaben am 31. Dezember 1981	1,6

Verschuldung

Stand der Verschuldung am 1. Januar 1981	351,0
Nettotilgungen 1981	221,2
Stand der Verschuldung am 31. Dezember 1981	129,8

*) ohne Schuldenaufnahme und Tilgungsausgaben

Anlage 1

**Übersicht über den Einsatz deutscher Kohle in der Kraftwirtschaft
in den Jahren 1975 bis 1981**

Jahr	Menge in 1000 t SKE	Veränderung gegenüber Vorjahr in v.H.
1975	24 312	
1976	30 644	+ 26
1977	29 556	-/ 4
1978	32 208	+ 9
1979	33 611	+ 4
1980	34 089	+ 1,4
1981	36 322	+ 6,5

Anlage 2

**Aufstellung der im Kalenderjahr 1981 (Stand 31. Dezember 1981)
gezahlten Zuschüsse und der vereinnahmten Ausgleichsabgabe
nach Bundesländern für das Jahr 1981**

Bundesland	Zuschuß *) in Mio. DM	Ausgleichs- abgabe **) in Mio. DM
Schleswig-Holstein	20 383	56 447
Hamburg	62 780	71 308
Niedersachsen	123 027	195 989
Bremen	11 713	19 466
Nordrhein-Westfalen . . .	784 649	666 105
Hessen	52 920	140 061
Rheinland-Pfalz	49 799	106 504
Baden-Württemberg	233 563	231 794
Bayern	77 382	255 483
Saarland	155 906	34 858
Berlin (West)	69 934	48 416
Gesamt	1 642 056	1 826 431

*) bezogen auf den Sitz des Unternehmens

**) Auswertungen nach dem Abgabesatz der Bundesländer
(Soll-Stellungen)

Entwicklung der Wärmepreisdifferenz (W) frei Kraftwerk

Raffineriestandorte:

Hamburg, Rhein/Ruhr, Frankfurt, Karlsruhe, Ingolstadt

Ergebnisse des Jahres 1981

Raffineriestandorte	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Arithmetisches Jahresmittel DM t/SKE
Hamburg	- 84,39	- 96,76	- 111,53	- 107,29	- 103,61	- 90,18	- 91,51	- 93,11	- 91,59	- 72,60	- 70,06	- 68,69	- 81,50
Rhein/Ruhr	- 111,51	- 119,26	- 143,86	- 142,92	- 138,43	- 129,82	- 115,87	- 111,37	- 112,69	- 90,01	- 87,55	- 85,71	- 115,75
Frankfurt	- 93,66	- 102,52	- 125,18	- 118,39	- 110,74	- 102,84	- 93,66	- 92,24	- 94,17	- 67,72	- 65,18	- 64,31	- 94,22
Karlsruhe	- 91,62	- 97,54	- 120,61	- 114,89	- 105,69	- 97,90	- 84,98	- 84,79	- 88,18	- 62,51	- 60,96	- 59,89	- 89,13
Ingolstadt	- 79,94	- 85,01	- 113,88	- 114,16	- 104,90	- 99,45	- 89,04	- 84,62	- 85,78	- 63,71	- 56,03	- 50,65	- 85,60
Gewichtete Wärmepreisdifferenz (Bundesdurchschnitt)	- 101,58	- 108,54	- 130,16	- 127,96	- 123,23	- 114,29	- 103,71	- 100,98	- 101,44	- 78,22	- 76,47	- 75,80	DM t/SKE - 102,38 *)

*) Gewichtetes Jahresmittel

